

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/9511, 13/9579 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 18. September 1997
über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen
vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung
bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen sowie zu dem
Zusatzübereinkommen vom 18. September 1997 zu dem vorgenannten
Übereinkommen

A. Problem

Mit dem Gesetzentwurf sollen das Protokoll über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen und das Zusatzübereinkommen zu vorgenanntem Übereinkommen über die Möglichkeit der Befreiung oder der Rückerstattung der Autobahnbenutzungsgebühren für Transporte im Kombinierten Verkehr in Deutschland im Rahmen dieses nationalen Ratifizierungsverfahrens rechtlich umgesetzt werden, um der Vorschrift des Artikels 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zu genügen.

B. Lösung

Zustimmung zum Ratifikationsgesetz. Damit wird die rechtliche Voraussetzung geschaffen für die Möglichkeit einer Befreiung oder Rückerstattung von Gebühren, für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen, für Fahrzeuge, die im Vor- und Nachlauf des Kombinierten Verkehrs eingesetzt werden, sofern dadurch Transporte auf diesen Straßen, hier Bundesautobahnen, vermieden werden.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Es wird auf die Ausführungen in Drucksache 13/9511 verwiesen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksachen 13/9511, 13/9579 – unverändert anzunehmen.

Bonn, den 4. März 1998

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst
Vorsitzender

Dr. Wolf Bauer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Wolf Bauer

Der Deutsche Bundestag hat den Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 18. September 1997 über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen sowie zu dem Zusatzübereinkommen vom 18. September 1997 zu dem vorgenannten Übereinkommen – Drucksachen 13/9511, 13/9579 – in seiner 213. Sitzung vom 15. Januar 1998 in erster Lesung dem Ausschuß für Ver-

kehr zur Federführung sowie dem Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Finanzausschuß hat in seiner 98. Sitzung vom 4. März 1998 einstimmig die Annahme des Gesetzesentwurfs empfohlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Vorlage in seiner Sitzung vom 4. März 1998 beraten. Er empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung.

Bonn, den 4. März 1998

Dr. Wolf Bauer

Berichterstatte